

# Deutsche Zeitung

10 Pfennig

Gründet



1704

Mit

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erhebungsliste usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe veröffentlicht

Schriftleitung: Berlin SW68, Köpckestraße 22-26

Vertrieb: Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3000-3003, für den Fernverkehr Am Dönhofs 3066-3068. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 60

## Der englische Kabinetts-Beschluß

### Chamberlains „Unterwerfung“

Nachrichtendienst der „Morning Post“  
aus London, 4. März

Die heutige Debatte im Unterhaus über den Völkerverbund war nie bis auf die Wurzeln und maßgeblich eine Abwärtswegung zu Ende gekommen, die die Führer der Opposition über die „notwendige Unterwerfung“ Chamberlains unter die Forderungen der Mehrheit des Kabinetts befragt hat. Man will dem Außenminister angesichts seiner Verdienste um Europa in der heutigen Sitzung Gelegenheit geben, sich aus dem schwierigen Zuge möglichst ohne Schädigung des eigenen Ansehens zu ziehen und sich fern von dem Parlament seine Ruhe zu lassen. Heber die zukünftige Umgestaltung des Völkervertrages im September Abmachungen in Kraft treten zu können, die nur allein im Süden und Westen von anderen Ländern die Wünsche der Dominions berücksichtigen.

Der Parlamentarischerichter der „Times“ behauptet, daß Chamberlain ohne Demission sich den Forderungen der Mehrheit des Kabinetts gefügt habe. „Die gestrige Erörterung des Kabinetts war freundschaftlicher Natur, aber die allgemeine Ansicht ist klar genug getreten, daß in West nicht gefahren würde, das Gegenteil wäre, Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund unter Bedingungen erfolgen zu lassen, die diesem Lande nicht erspart würden. Es ist nur sehr wenig Zweifel darüber vorhanden, daß die nächste Sitzung darin bestehen wird, auf daß Deutschland feiner anderen Nation bei der bevorstehenden Tagung eines föderalen Rates zu vertreten. Der Außenminister ist sich jetzt der Schritte seiner Kollegen über diesen Punkt völlig bewußt.“

Am übrigen Teil, es so folgen die „Times“, ein „schwerer taktischer Fehler“ gewesen, daß man Deutschland nicht über die Randbedingungen, Spaniens und Portugals zu Rate gezogen habe. Chamberlain werde nach West fahren als Exponent der fast schicksalhaften öffentlichen Meinung Englands. „Es besteht nicht die geringste, noch vollständig die Hände zu binden. Er wolle die Freiheit haben, in West zu unterhandeln. Aber es

müsse eine Grenze geben, über die bei diesen Verhandlungen nicht hinausgegangen werden dürfe.

Nach allem Anschein, die vorliegen, ist die Annahme begründet, daß die Dinge in West so laufen werden, wie das von Anfang an zu erwarten war. Dem Antritt auf Seite, der unter dieser und jener Begründung erfolgt, wird man ausweichen, in der Hoffnung, daß die weitere Befestigung im Laufe der nächsten Monate den sachlich begründeten Widerstand gegen eine Vernehmung der Basis genügend stärken werde. Dieser Widerstand muß sich allen Anhängern eines internationalen Völkervertrages aufhängen, weil jede Vernehmung neue Schwierigkeiten erwecken muß, neue Verpflichtungen und Modalitäten. Die Erkenntnis, daß die eigenen Gesetze des Völkervertrages den Meinungen, die sich für die Wahrung zu medien, entgegenwirken müssen, hätte die deutsche öffentliche Meinung zu äußerster Zurückhaltung anzuhalten müssen, um den Eindruck zu vermeiden, daß es nicht zureichende sachliche Gründe seien, die gegen die neuen Kandidaturen sprechen, sondern lediglich die deutschen Einwände. Es ist für England natürlich sehr bequem, die Vollmacht gegenüber Deutschland als einzigen Grund der abweichenden Haltung gegenüber Polen, Brasilien, China und Spanien anzuführen zu können und damit zugleich den Gegner der beteiligten Völker auf Deutschlands Haupt abzuwälzen, wobei auch nicht in Deutschland ein Gefühl der Deutlichkeit für die schließlichen Grundentscheidungen mangelnden wird, die England zu leisten scheint. Unmöglich dieser Einstellung kann man nicht verweigern, daß die Geiten, die in Deutschland das Interesse auf die Frage der Basislinie festzusetzen, alles andere als Wohlwille zeigen. Ganzlich funktionale Organe an dieser Artion beteiligen, was das in der Hoffnung getrieben sein, es könnte doch noch „das Wunderbare“ Ereignis werden, daß Deutschland nämlich noch auf der Schwelle zum Völkerverbund haltet, und daß dann wieder alles zu werden, wie einst im Welt; mit Sanftmut auf der einen Seite, mit Hochdruck auf der anderen. Der Sachlichkeit dieser Art von Außenpolitik entsprach es auch, daß die Wärmungen von einer Art von „Zeit“, die Deutschland ohne Welt als Mittelpunkt der neuen Völkervereinbarung erscheinen ließ, mit den üblichen Beispielen beantwortet wurden.

Er wird sobald nach Erfinden des Gesamttextes in Ausführung in diesem Blatt Gelegenheit nehmen, die Abwägungen der deutsch-amerikanischen Verhandlungen mit dem Ergebnis nach den neuen Mitteilungen Soules kritisch zu publizieren.

### Del ins Feuer

Durch das deutsche Volk geht eine überaus starke Bewegung, angeleitet durch die ungläubigen Herausgeberinnen, die die Führerinnen und ihre Auftraggeberin leiten. Diese Bewegung ist getragen durch die richtige Erkenntnis, daß also lange eine Frage nationalitätsbestimmender Charaktere nach rein juristischen Gesichtspunkten behandelt werden ist. Sie wird verstärkt durch die traurigen Gegenüberstellungen der Behandlung der Führerforderungen und der „Abwägung“, mit der die Inflationen-Entscheidungen ergriffen, die Betrieben, die Qualifikationsgebühren, die Sozialisten, die Rechts- und Staatsjuristen jeder Art, die Träger von Industrie-Obligationen, die unglücklichen Opfer „mündelhafter“ Anlagen.

Es kann bestritten, daß es sich bei dem Protest gegen die Führerforderungen um eine elementare Bewegung

### Hoersch bei Briand

Drahtmeldung

Paris, 4. März (B. L. B.)

Der deutsche Volkstaktik n. Hoersch habe heute normierte eine Unterredung mit Ministerpräsident Briand, der mit ihm Fragen erörterte, die mit dem Verlauf der bevorstehenden Tagung des Völkervertrages in Verbindung stehen.

handelt, die über die Parteilagen hinausgeht und die liberale Mehrheit der Bevölkerung umschließt. Die Führerinnen haben mit Entsetzen die von ihnen selbst herausgeforderte Bewegung beobachtet. Eine Zeitung schloß sie, die durch die Zustimmung des Volkstages und der Erkenntnis eigener Schuld.

Unzufrieden sind ungenügende Propagandaarbeiten ausgeführt worden. Von den notleidenden Führern. Das gibt der Sache neue Kraft.

Die Auslegung der Listen für das Volksbegehren bildet das Signal zum Gegenüber, bei dem einzelne deutsche nationale Blätter schon am ersten Tag die Waise fallen lassen. Niemand hätte es den Deutschnationalen verargt, wenn sie ihre Anhänger nur bei der Beteiligung an dem Volksbegehren motiviert anzuwerben, wenn gleichzeitig, was das Zentrum und Deutsche Volkspartei tun, die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung anerkannt worden wäre.

„Galt beißen wird eine Sekunde entsetzt, die offenbar das beklammert ist, nicht nur die einflussreichste, sondern auch die einflussreichste, sondern zugleich auch monarchistische Propaganda zu treiben mit dem Ziel, das Völkervertrag der Führerforderungen durchzuführen, unter Vergegenwärtigung des Volkswillens.“

Eine Erklärung von den Tönen, die dabei angeklungen werden, kann man sich machen, wenn man sich, daß sogar in der Reichspropaganda schon am ersten Tage der Führerforderungen von dem „revolutionären Verderblichkeit“ die Rede ist, das nur befehl werden solle. „Nach dem ersten Schritt“ so wird die weitere gefordert, wird an der Basis kommen. Denn der jüdische Zeitungsgeist des Volkswillens lenkt seine Grenzen.“

Was wird mit diesen Tönen, das kann noch überboten werden kann, was das bei den deutschnationalen Propagandisten sicherlich nicht überboten werden kann, bezweckend? Offenbar doch nur das eine: eine weitere Zupflanzung und Verschärfung der Gegenüberstellungen, die verhindert, daß die vernünftige Mittellinie zwischen den Extremen gefunden wird, zwischen der entscheidungslossten Entscheidung der Führer durch die Länder und der entscheidungslossten Entscheidung der Länder durch die Führer.

Der Popanz des Volkswillens dient nur dazu, die Gefahr zu verheimlichen, die den Führerinnen weitgehendes großes Verbrechen ist, die Gefahr einer Verschärfung der großen Mehrheit des Reichstages über eine wirklich unangenehme Abfindung. Der Volkstaktik, die im Ziele einzig ist, und nur über die tauglichen Mittel in einem bestimmten Zeitpunkte gehen ist, soll unter dem Vorwand des „Volkswillens“, „Educh des Eigentums“ entgegengerufen werden.

Nur gut, daß die Mehrheit so schnell eintrifft werden ist. Die Deutsche Volkspartei lag in ihrer offiziellen Erklärung, die Beteiligung an dem Volksbegehren sei zu widerrufen. Dann aber nicht mehr erfüllt.

Die Regierungserklärung hat in eingehenden und sorgfältigen Beratungen bestritten, eine Möglichkeit zu schaffen, und berechtigten Wünsche nach einem gerechten Ausgleich zur Geltung zu bringen. Ein auf Vorlesung des Reichspräsidenten zu übendes Reichspropagandegericht soll nach den Umständen der Möglichkeit die

## Amerikanisches Abkommen mit England

Was Oberst House 1926 mit Sir Edward Grey vereinbarte

Oberst House, dessen Briefe, Aufzeichnungen und Papiere aus der Zeit seiner Amtsverwaltung beim Präsidenten Wilson jetzt veröffentlicht werden, hat beim Abschluss seiner dritten Reise nach England, Anfang 1926, mit dem englischen Außenminister Sir Edward Grey ein informelles Abkommen geschlossen in Form eines Memorandums, dessen Inhalt wir nachstehend in deutscher Uebersetzung mitteilen. Das Memorandum ist von House und Grey zusammen aufgestellt, doch in einer Form gehalten, als ob es von Grey ausgehe.

„Oberst House teilte mit, daß Präsident Wilson bereit sei, eine Konferenz zur Vereinbarung des Rates vorzuschlagen, sobald er von Frankreich und England hören würde, daß der Vorschlag für England geeignet sei. Falls die Alliierten diese Möglichkeit annehmen und Deutschland ihn zurüdweisen sollte, würden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich dem Krieg gegen Deutschland beitreten. Oberst House drückte die Ansicht aus, daß eine solche Konferenz, falls sie zustande käme, wahrscheinlich herbeiführen würde, die die Alliierten nicht unangenehm sein würde. Für den Fall aber, daß die Konferenz den Frieden nicht erreichen sollte, würden die Vereinigten Staaten (wahrheitsgemäß) die Konferenz als Kriegshilfe an der Seite der Alliierten verlassen, wenn Deutschland sich unbillig gezeigt hätte. Oberst House gab seine Ansicht auch dahin kund, daß er für eine Wiederherstellung des Friedens, die herabgesetzt von einer Abwärtswegung an Frankreich und einer offenen, Abwärtswegung an Deutschland herbeiführen würde, die die Alliierten nicht unangenehm sein würde. Oberst House meinte er, daß der Gebietsverlust Deutschlands in Europa durch ein Entgegenkommen in anderen Gebieten außerhalb Europas ausgeglichen werden müßte. Sollten die Alliierten die Annahme des Angebots Wilsons verweigern, und wenn dann späterhin der Gang des Krieges für sie unangünstig werden sollte, daß eine Intervention der Vereinigten Staaten keine

Wirkung haben würde, so würden sich die Vereinigten Staaten vorzugsweise in Europa desinteressieren und selbständige Mittel für ihre eigene Verteidigung finden.

Sie erwiderte hierauf, daß diese Erklärung, die sie vom Präsidenten der Vereinigten Staaten käme, so wichtig sei, daß sich ihm der Vermittler und seinen Kollegen durch Mitteilung machen müßte. Und daß ich, bis ich ihre Ansicht gehört, nichts sagen könnte. Die britische Regierung kann unter keinen Umständen einen Vertrag annehmen oder machen, außer nach Beratung und in Absprache mit den Alliierten. Ich äußerte auch die Ansicht, daß das Kabinett die gegenwärtige Lage hauptsächlich nicht zu beurteilen würde, daß es gerechtfertigt wäre, in diesem Augenblicke mit einem solchen Vorschlag an die Alliierten heranzutreten, daß aber, da Oberst House unvermeidliche Beziehungen mit Briand und Jules Cambon in Berlin gehabt habe, ich es für richtig halten würde, Briand durch den französischen Volkstaktik in London mitteilen zu lassen, was Oberst House uns erklärt habe. Und daß ich selbstverständlich, sobald sich eine Gelegenheit dazu bieten würde, bereit sei, die Angelegenheit mit Briand zu besprechen, falls dieser es wünsche.“

E. G.

Foreign Office, 22. Februar 1926.

Das Memorandum, Ergebnis einer Besprechung Soules mit Hoersch, Briand, Grey und Grey, wurde von House selbst als „Bereitbarung mit Frankreich und Großbritannien“ bezeichnet. Präsident Wilson nahm es vollständig an, nur fügte er das im Text in Klammern eingeschlossene Wort „wahrheitsgemäß“ ein. Das entsprechende Label am 9. März, von House unterschrieben, hat Wilson selbst geschrieben.

Der frühere deutsche Volksaktiker in Washington, Graf Bernhoff, hat in der „Berliner Zeitung“ noch vorliegenden Zeiten des Souleigenen Memorandums sich geäußert.